



Bundestagswahl 2021: Impulse der Wirtschaft

Unternehmerischem Engagement vertrauen



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Wirtschaftspolitische Grundsätze nach Corona: Soziale Marktwirtschaft erneuern

Situation

Wohlstandsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ wird durch Wachstums-
müdigkeit, dirigistische Steuerung und
staatliche Interventionen gefährdet.



Zielsetzung

Soziale Marktwirtschaft moderni-
sieren, Akzeptanz von Wachstum
stärken und Staatseingriffe auf erforder-
liches Maß zurückführen.



Lösung

Wachstumspotenziale heben,
Strukturwandel effizient und wett-
bewerbsneutral ermöglichen, Resilienz
von Unternehmen und Staat erhöhen.



Impuls 1

Wirtschaftswachstum fördern,
um Zukunft zu gestalten

- 1) Das Wachstumspotenzial in NRW und in Deutschland von 0,9 %¹ ist zu gering, um Wohlstand zu sichern, Schulden abzubauen, die Alterung sowie den Wandel zur Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu finanzieren.
- 2) Faktor Demografie: Das BIP-Wachstum wird durch einen Rückgang des potenziellen Arbeitsvolumens jährlich um 0,1 %-Punkte gebremst.¹
- 3) Faktor Produktivität: Das durchschnittliche jährliche Wachstum der totalen Faktorproduktivität wird bis 2025 mit 0,5 % auf niedrigem Niveau bleiben.²
- 4) Die Globalisierung stagniert, protektionistische Maßnahmen nehmen zu. Bei Industrie und Dienstleistung bestehen weiterhin hohe Hürden.³

- 1) Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad.

- 2) Vorhandene Beschäftigungsressourcen werden optimal genutzt und zusätzliche Fachkräftepotenziale gehoben.

- 3) Produktivitätswachstum durch mehr Innovationen und stärkere Digitalisierung erhöhen.

- 4) Deutschland sollte weiterhin aktiv die sich durch die Globalisierung bietenden Chancen nutzen.

- 1) Wachstumsfaktoren gezielt stärken: Erwerbsbeteiligung erhöhen, Innovation und technischen Fortschritt vorantreiben sowie Potenziale des Außenhandels nutzen.

- 2) Erwerbsbeteiligung durch Ausweitung von Betreuungsangeboten für Kinder und Pflegedürftige erhöhen.

- 3) Steuerliche F&E-Förderung ausweiten, Abschreibungszeiträume verkürzen und Möglichkeit der degressiven Abschreibung entfristen.

- 4) WTO stärken, Freihandel vorantreiben und vereinheitlichen, EU-Binnenmarkt vertiefen, Liberalisierung der Dienstleistungssektoren ausweiten.³



Impuls 2

Strukturwandel effizient
und wettbewerbsneutral
ermöglichen

- 1) Um den Wandel hin zur nachhaltigen Wirtschaft zu vollziehen, greift die Politik mit dirigistischen Initiativen (wie dem Green Deal) zusehends direkt in originäre Entscheidungsbereiche und Geschäftsmodelle von Unternehmen ein.
- 2) Plädoyers für „nationale Champions“, „Taxonomien“ und „Industriepolitik“ offenbaren Glaube an Steuerung durch Politik und Verwaltung.

- 1) Politisch definierte Nachhaltigkeitsziele werden mithilfe von passenden, neutralen und marktbasierten Systemen verfolgt. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele werden als gleichberechtigt angesehen.

- 2) Nicht der Staat entscheidet, welche Technologien und Unternehmen sich im Wettbewerb durchsetzen, sondern das Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage liefert die effizientesten Lösungen.

- 1) Pro Instrument nur ein Ziel festlegen, um Zielkonflikte zu vermeiden. Sämtliche Instrumente nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgestalten.

- 2) Verzicht auf technologiebezogene Kategorisierungen und Förderung von protegierten Unternehmen. Stattdessen Wettbewerbsrecht ins Digitalzeitalter überführen, Kartellbehörden stärken und Instrumente zur Investitionsprüfung nutzen.



Impuls 3

Staatswirtschaft zurückfahren
und Resilienz von Staat und
Unternehmen erhöhen

- 1) Die Corona-Hilfsprogramme sind in der akuten Krisenphase geboten, sie führen wie einzelne Schließungsanordnungen zu Marktverzerrungen, Ungerechtigkeiten und Risiken im Finanzsystem.
- 2) Die Schuldenstandsquote² wird auf 72,1 % steigen. Die erforderliche Konsolidierung auf 60 % (Maastricht-Kriterium) darf nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gehen.
- 3) Das Eigenkapital der Unternehmen ist in der Corona-Krise gesunken. Zur Finanzierung des Strukturwandels und zur Widerstandsfähigkeit bei künftigen Krisen benötigen die Firmen wieder dickere Polster.

- 1) Begrenzung der Rettungsprogramme auf Krisenzeit.

- 2) Staatshaushalt muss durch einen Sparkurs bei nicht-wachstumsfördernden und nicht-investiven Ausgaben angegangen werden, um Resilienz für die nächste Krise zu erhöhen.

- 3) Unternehmen sind finanziell resilienter als vor der Corona-Krise aufgestellt.

- 1) Mit Abklingen der Krise Zuschussprogramme reduzieren, Fehl- und Überallokationen zurückfordern, staatliche Beteiligungen beenden, Ausnahmeregelungen für Kurzarbeit und staatliche Kredit- und Bürgschaftsprogramme auslaufen lassen.

- 2) Mit einem Ausgabenzielpfad sicherstellen, dass die Staatsausgaben langsamer steigen als das nominale Wirtschaftswachstum. Auf höhere Steuern oder neue Sonderabgaben verzichten.

- 3) Eigenkapitalsituation der Unternehmen durch Senkung der einbehaltenen Gewinne auf international wettbewerbsfähiges 25 %- Niveau stärken.